

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 20. Januar 1993

am Donnerstag, dem 21. Januar 1993

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter, Robert (SPD)	13	Kolbe, Regina (SPD)	30
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	7, 74	Kolbow, Walter (SPD)	28, 29
Beucher, Friedhelm Julius (SPD)	22, 23	Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	39, 40
Blunck, Lieselott (Uetersen) (SPD)	47, 48	Kubatschka, Horst (SPD)	37, 38
Dr. Brecht, Eberhard (SPD)	14	Dr. Leonhard-Schmid, Elke (SPD)	4, 18
Erler, Gernot (SPD)	72, 73	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	21, 69
Fischer, Lothar (Homburg) (SPD)	67, 68	Dr. Lucyga, Christine (SPD)	61, 62
Gleicke, Iris (SPD)	57, 58	Dr. Luther, Michael (CDU/CSU)	15, 16
Harries, Klaus (CDU/CSU)	49, 50	Reschke, Otto (SPD)	59, 60
Hiller, Reinhold (Lübeck) (SPD)	43, 44	Ringkamp, Werner (CDU/CSU)	33, 34
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	26, 27	Schanz, Dieter (SPD)	65, 66
Iwersen, Gabriele (SPD)	63, 64	Scheffler, Siegfried (SPD)	12, 24
Jäger, Claus (CDU/CSU)	9, 10	Steen, Antje-Marie (SPD)	41, 42
Jäger, Renate (SPD)	19, 20	Steiner, Heinz-Alfred (SPD)	31, 32
Jungmann, Horst (Wittmoldt) (SPD)	45, 46	Stiegler, Ludwig (SPD)	3, 17
Kampeter, Steffen (CDU/CSU)	54, 55	Tappe, Joachim (SPD)	35, 36
Kastner, Susanne (SPD)	52, 53	Wallow, Hans (SPD)	70, 71
Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz (SPD)	1, 2	Wittmann, Simon (Tannesberg) (CDU/CSU)	6, 56
Klemmer, Siegrun (SPD)	25, 51	Wonneberger, Michael (CDU/CSU)	8, 11
Köppe, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	14
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	15

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

1. Abgeordneter
Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
(SPD)
Teilt die Bundesregierung die von Experten geäußerte Auffassung, daß das Gentechnik-Gesetz von 1991 in seinen Auswirkungen praktisch dafür gesorgt hat, daß in den USA rd. 1 000 und in Japan 300 Unternehmen in der Biotechnik engagiert sind, während in Deutschland lediglich noch 36 Genlaboratorien tätig sind?
2. Abgeordneter
Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
(SPD)
Welche Bedingungen sprechen bei der Abwägung von Standortentscheidungen für die USA und für Japan?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

3. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
Treffen Gerüchte in der Wirtschaft zu, daß die neuen Postleitzahlen fix und fertig sind und nur deshalb nicht herausgegeben werden, weil die deutsche Postreklame bei der EDV-Erfassung noch Probleme hat?
4. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD)
Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um bei Organisationsänderungen der Unternehmen der Deutschen Bundespost den Infrastrukturauftrag der Post zu erhalten, insbesondere eine kundennahe Versorgung mit Postdienstleistungen durch die Teilsparten des Postdienstes auch in der Fläche in unvermindertem Umfang zu garantieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|---|--|
| 5. Abgeordnete
Ingrid Köppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Beschluß der Landesregierung Nordrhein-Westfalens, ihren für den Kriegsfall eingerichteten Regierungsbunker wegen der geänderten politischen Situation sowie zur Ersparnis der hohen Unterhaltungskosten aufzugeben und über einen Immobilienmakler interessierten Nutzern anzubieten, und aus welchen Erwägungen gedenkt die Bundesregierung, diesem Beispiel hinsichtlich ihrer Bunker in Marienthal/Eifel sowie in Prennden bei Berlin angesichts der angespannten Haushaltslage zu folgen bzw. nicht zu folgen? |
| 6. Abgeordneter
Simon Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU) | Wie viele Mittel stehen im Bundeshaushalt 1993 für die Förderung der Erhaltung des deutschen Kulturgutes in den ehemaligen sudetendeutschen Gebieten zur Verfügung, und welche Maßnahmen wurden 1992 gefördert? |
| 7. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU) | Welche verfassungsschutzrelevanten Informationen liegen der Bundesregierung bezüglich einer Zusammenarbeit zwischen der PDS und der „Kommunistischen Plattform“ vor, und welche Strategien und Taktiken konnten ggf. vom Verfassungsschutz ermittelt werden? |
| 8. Abgeordneter
Michael Wonneberger
(CDU/CSU) | Warum hat das Bundesministerium des Innern Herrn Honecker ein unverzügliches Verlassen der Bundesrepublik Deutschland durch sofortiges Ausstellen eines Reisepasses und Polizeieskorte zum Flugplatz ermöglicht, obwohl für Rechtskundige ersichtlich war, daß der Beschluß des Berliner Verfassungsgerichtes über die Verfassungsbeschwerde Erich Honeckers – Beschluß vom 12. Januar 1993 –, der im Endeffekt auch ausschlaggebend für die Entscheidungen der 27. und der 14. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin auf Einstellung des Verfahrens gegen Honecker war, rechtsfehlerhaft und damit nicht bindend war (siehe die Veröffentlichung von Prof. Rupert Scholz, MdB, in der Zeitung DIE WELT vom 14. Januar 1993 mit dem Titel „Eskapade eines Gerichts“)? |
| 9. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU) | Haben nach Auffassung der Bundesregierung Verfassungsgerichte der Länder die Befugnis, die Vereinbarkeit von Bundesrecht (z. B. der StPO) mit dem Grundgesetz oder gar mit Landesverfassungen zu überprüfen, und ist die Bundesregierung verneinendenfalls bereit, beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Überprüfung des Berliner Landesgesetzes über das Verfassungsgericht zu stellen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

10. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU)
- Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß der Ex-Diktator der DDR, Erich Honecker, nach seiner Haftentlassung unter Mitnahme von Geldvermögen in Höhe von rund 700 000 DM die Bundesrepublik Deutschland verlassen konnte, und weshalb ist dieses Vermögen zutreffendenfalls nicht bis zur Höhe der Pfändungsfreigrenzen beschlagnahmt worden, um staatliche Schadensersatzforderungen gegen Honecker zu sichern?
11. Abgeordneter
Michael Wonneberger
(CDU/CSU)
- War der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin überhaupt für die Entscheidung über die Verfassungsbeschwerde Erich Honeckers – Beschluß vom 12. Januar 1993 – zuständig, oder wäre in diesem Fall nicht das Bundesverfassungsgericht ausschließlich zuständig gewesen?
12. Abgeordneter
Siegfried Scheffler
(SPD)
- Ist es richtig, daß die Jahresgebühren des Deutschen Patentamtes die höchsten in der Welt sind und eine weitere Erhöhung dieser Gebühren beabsichtigt ist?
13. Abgeordneter
Robert Antretter
(SPD)
- Wann gedenkt die Bundesregierung die mit ihrer Antwort vom 23. Januar 1991 auf die schriftliche Frage 13 des Kollegen Dr. Uwe Holtz in Drucksache 12/43 schon für Ende 1991 in Aussicht gestellte Umwandlung der von ihr gezeichneten Konvention des Europarates über „das Aufspüren, die Beschlagnahme und das Einziehen der durch Verbrechen erzielten Einnahmen“ nun endlich in nationales Recht umzuwandeln bzw. die Konvention zu ratifizieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

14. Abgeordneter
Dr. Eberhard Brecht
(SPD)
- Ist dem Bundesministerium der Finanzen bekannt, daß die Treuhandanstalt einen Großteil der Kinder- und Erholungszentren, die zum Unternehmensvermögen ehemaliger volkseigener Betriebe gehörten, entgegen den Beschlüssen der Kommunalparlamente und früheren Äußerungen des Direktorats „Kommunalvermögen“ an die Käufer der Unternehmen mitveräußert, und billigt es dieses Vorgehen?

15. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU)
- Warum wurde bei der Privatisierung des Treuhandbetriebes „Stahlbau Thale“ nicht beachtet, daß damit das Kinder- und Jugenderholungszentrum „Günthersberge/Harz“ mitveräußert wurde und somit die getroffenen Vereinbarungen zum Erhalt der Kinder- und Jugenderholungszentren in Frage gestellt sind?
16. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU)
- Wie wird von der Treuhandanstalt sichergestellt, daß bei der Privatisierung von ehemaligen Trägerbetrieben von Kinder- und Jugenderholungszentren die Erholungszentren nicht mitprivatisiert werden und somit die Übertragung an die neuen Träger solcher Einrichtungen, entsprechend den Absprachen zwischen den Ländern, der Treuhandanstalt und dem Ausschuß für Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages, sichergestellt wird?
17. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Wie ist der derzeitige Stand der Informationen der Bundesregierung über die künftige Beschäftigung deutscher Arbeitnehmer bei den US-Streitkräften, und nach welchem Fahrplan wird mit der neuen Administration über die Zukunft dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesprochen werden?
18. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD)
- Welche Perspektive für ein analoges Vorgehen bei bisher von westlichen Stationierungsstreitkräften genutzten Wohnungen ergibt sich nach Auffassung der Bundesregierung aus dem am 4. Dezember 1992 durch den Parlamentarischen Staatssekretär Manfred Carstens bestätigten Haushaltsvermerk, dem zufolge ehemals von Truppen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten genutzte, entbehrliche Wohnungen bei dringendem kommunalem Bedarf unentgeltlich an die Kommunen abgegeben werden können (Drucksache 12/3990)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

19. Abgeordnete
Renate Jäger
(SPD)
- Welche Fördermittel in welcher Höhe erhält die Firma TADICOM für ihr geplantes Vorhaben in Dresden von der Bundesregierung?

- | | |
|--|--|
| 20. Abgeordnete
Renate Jäger
(SPD) | Zu welchen Konditionen erhält die Firma Fördermittel von der Bundesregierung, und sind diese Fördermittel an einen bestimmten Standort und an eine bestimmte Anzahl von Arbeitsplätzen gebunden? |
| 21. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos) | Welche Befürchtungen hegt die Bundesregierung angesichts des weltweit größten Auftrags- einbruchs bei der deutschen Schiffsbauindustrie, Aufträge in Milliardenhöhe an die Republik China auf Taiwan zu vergeben? |
| 22. Abgeordneter
Friedhelm Julius Beucher
(SPD) | Ist es richtig, daß die Bundesregierung von den privaten Waffengeschäften, wie sie in der Sen- dung „Monitor“ vom 28. Dezember 1992 darge- stellt wurden, informiert war? |
| 23. Abgeordneter
Friedhelm Julius Beucher
(SPD) | Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus der Sendung „Monitor“ vom 28. Dezember 1992 gezogen, bzw. welche Reaktionen sind ihr bekannt? |
| 24. Abgeordneter
Siegfried Scheffler
(SPD) | Wie hilft der Bund den kapitalschwachen Unter- nehmen, in den neuen Bundesländern Forschun- gen vorzunehmen und Erfindungen zu verwer- ten? |
| 25. Abgeordnete
Siegrun Klemmer
(SPD) | Trifft es zu, daß die in einer Antwort der Bundes- regierung erwähnten „zwischen 500 und maxi- mal 1200 t Uran“, die „in den kommenden Jahren noch anfallen“ werden, nicht nur deshalb anfal- len, weil sie aus der bereits vor der Wende in das Gestein eingeführten Schwefelsäure gelöst wer- den müssen, sondern daß die WISMUT beabsich- tigt, in Folge von angeblich „aus bergtechnischen Gründen notwendigen“ Sprengungen auch heute und/oder in Zukunft Laugungen mit Schwefelsäure durchzuführen, obwohl damit nicht nur Uran, sondern zahlreiche Giftstoffe und Schwermetalle aus dem Boden gelöst werden, obwohl es für deren vollständige Bergung keiner- lei Konzept gibt, obwohl erst in mehrjährigen Untersuchungen erforscht werden müßte, ob ein Verzicht auf zusätzliche Laugungen nicht ökolo- gisch sinnvoller wäre, und von welcher Behörde wurden solche Laugungen evtl. schon genehmigt oder liegen Genehmigungsanträge vor? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

26. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)
- Welche Dienstleistungsbereiche außer dem Einzelhandel haben sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung dem vor drei Jahren eingeführten verkaufsoffenen „Dienstleistungsabend“ angeschlossen, und wie wird er vom Verbraucher angenommen?
27. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)
- Welche quantifizierbaren volkswirtschaftlichen Vor- und Nachteile ergeben sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung aus dem verkaufsoffenen Donnerstagabend?
28. Abgeordneter
**Walter
Kolbow**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die auf Weisung der Bundesanstalt für Arbeit von Arbeitsämtern aufgrund willkürlich fiktiver Festlegung des Bemessungsentgeltes nach § 112 AFG vorgenommene Kürzung des Arbeitslosengeldes der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen von in Konkurs gegangenen Betrieben, wie es zuletzt im Dezember 1992 bei etwa 260 Beschäftigten der insolventen Karosseriefabrik Voll in Würzburg der Fall war?
29. Abgeordneter
**Walter
Kolbow**
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung gegen diese Benachteiligung zu unternehmen?
30. Abgeordnete
**Regina
Kolbe**
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung veranlaßt, in dem Kabinettsbeschluß vom 3. Dezember 1992 auf teilweise gleichlautende Beschlüsse zurückzugreifen, welche durch das Kabinett schon am 4. Dezember 1991 beschlossen und in der Drucksache 12/2050 veröffentlicht wurden, damit endlich die Beschäftigungspflichtquote von Behinderten in allen Ressorts einschließlich der nachgeordneten Geschäftsbereiche wieder erfüllt wird, und warum glaubt der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, daß die Beschlüsse vom 4. Dezember 1992 gerade dieses mal Signalwirkung haben werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

31. Abgeordneter
Heinz-Alfred Steiner
(SPD)
- Welche Gründe haben dazu geführt, daß das seit August 1991 durch Entscheidung des Bundesministers der Verteidigung – Rü Z1 – aufgelöste Labor für Munition 2 der ehemaligen NVA in Vogelgesang im September 1992 noch nicht aufgelöst war?
32. Abgeordneter
Heinz-Alfred Steiner
(SPD)
- Welche vermeidbaren Personal- und Betriebskosten sind durch die Weiterführung der Einrichtung entstanden?
33. Abgeordneter
Werner Ringkamp
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Absichten bestehen, den Sea-King-Rettungshubschrauber von Westerland abzuziehen, bzw. ist er bereits abgezogen und durch Sea-Lynx ersetzt?
34. Abgeordneter
Werner Ringkamp
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Sea-Lynx eine witterungsunabhängige SAR-Versorgung auf Grund seiner geringeren Flugzeit und technischen Konzeption nicht ermöglicht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

35. Abgeordneter
Joachim Tappe
(SPD)
- Wie weit und wie konkret sind die Planungen zum Bau der A 44 zwischen Kassel und Eisenach in der Zwischenzeit gediehen?
36. Abgeordneter
Joachim Tappe
(SPD)
- Mit welchen Realisierungszeiträumen für weitere Vorplanungen, für Planfeststellung und für die bauliche Fertigstellung rechnet die Bundesregierung für den Bau dieses Abschnittes?
37. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Planungen der Deutschen Bundesbahn bekannt, daß durch die Zuordnung der Bahnpolizei zum Bundesgrenzschutz vor einem Jahr, ein sogenannter eventuell privater Werkschutz bzw. Bahnbewachungsdienst benötigt und beauftragt wird, da der Bundesgrenzschutz nicht alle Aufgaben der Bahnpolizei übernommen hat, und wie beurteilt die Bundesregierung derartige Planungen im Hinblick auf eine wirtschaftliche Haushaltsführung der Deutschen Bundesbahn?

38. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der noch unveröffentlichten Studie der Bundesforschungsanstalt für Landesplanung und Raumordnung, nach der von allen 17 „Verkehrsprojekten Deutsche Einheit“ der Ausbau der Eisenbahn die größten Vorteile bringt, da sich dadurch die durchschnittliche Reisezeit zwischen zwölf großen Ballungsräumen Deutschlands um über eine Stunde reduziert, der geplante Ausbau des ostdeutschen Autobahnnetzes dagegen nur Zeitgewinne von weniger als 16 Minuten bringt?
39. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Auf welcher Rechtsgrundlage konnte die Deutsche Bundesbahn bereits im Oktober 1992 mit den Baumaßnahmen auf der Strecke Neumünster — Kiel beginnen, obwohl eine raumordnerische Stellungnahme als Ersatz für ein Raumordnungsverfahren zur Streckenelektrifizierung durch das Land Schleswig-Holstein noch nicht vorlag und die Auslegung der Planfeststellungsunterlagen erst mit dem 2. November 1992 erfolgte, mithin bis zum 16. Dezember 1992 Einwendungen gegen den Plan möglich waren?
40. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Welche Fristen werden in dem Vertrag zwischen der Deutschen Bundesbahn und dem Land Schleswig-Holstein für die Durchführung der Maßnahme gesetzt, und stehen diese Fristen möglicherweise im Widerspruch zu einem verfahrensrechtlich korrekt durchgeführten Verfahren?
41. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung dazu bewogen, die Ausgliederung des Fährbetriebes Puttgarden zum 1. Januar 1993 zu beschließen und eine privatrechtliche GmbH mit Hauptsitz in Rostock zu gründen, und welche personellen Veränderungen sind für die dort Beschäftigten zu erwarten?
42. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Wie sieht die Bundesregierung ihre Fürsorgepflicht gegenüber den dort Beschäftigten gewahrt, wenn bis zum heutigen Tag keine Regelungen über Dienstzeiten, Versorgungsbezüge, Gehälter, Urlaub, Krankenversicherung, Beihilfen usw. getroffen sind?
43. Abgeordneter
Reinhold Hiller
(Lübeck)
(SPD)
- Wie wirkt sich die Festlegung auf einen Hauptsitz der Deutschen Fährschiff GmbH in Rostock auf die noch auszubauenden Infrastrukturmaßnahmen in Puttgarden und auf die dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen des Bahnhofes Puttgarden aus, und wo sind die Schnittstellen zwischen der privaten Fährbetrieb GmbH und den anderen Einrichtungen der Deutschen Bundesbahn?

44. Abgeordneter
**Reinhold
Hiller
(Lübeck)
(SPD)**
- Welche Auswirkung hat die Verlegung auf die Beschäftigten der verbleibenden Einrichtungen der Deutschen Bundesbahn (Bahnhof, Restaurant, Abfertigungsanlage)?
45. Abgeordneter
**Horst
Jungmann
(Wittmoldt)
(SPD)**
- Wann und mit welchen Inhalten wurden die Tarifverträge zwischen der neu gegründeten GmbH des Fährbetriebs Puttgarden und den Beschäftigten abgeschlossen, und befinden sich diese in Übereinstimmung mit den in Planung befindlichen Vorgaben der zukünftigen sogenannten Bahnreform?
46. Abgeordneter
**Horst
Jungmann
(Wittmoldt)
(SPD)**
- Ist mit Entlassungen bzw. Reduzierung der Personalstärke zu rechnen?
47. Abgeordnete
**Lieselott
Blunck
(Uetersen)
(SPD)**
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Fährbetrieb Puttgarden in der Region wichtige Impulse für den Arbeitsmarkt und die Gewerbesiedlung gegeben hat, und gedenkt die Bundesregierung einen entsprechenden Nachteilsausgleich für die betroffenen Gemeinden zu gewähren?
48. Abgeordnete
**Lieselott
Blunck
(Uetersen)
(SPD)**
- Bleibt es bei dem zugesagten zusätzlichen Fährschiff auf der Vogelfluglinie?
49. Abgeordneter
**Klaus
Harries
(CDU/CSU)**
- Hat die Bundesregierung bereits Erfahrungen mit der Anwendung des Verkehrswegeplanungs-Beschleunigungsgesetzes in den neuen Ländern?
50. Abgeordneter
**Klaus
Harries
(CDU/CSU)**
- Konnten Planungen konkret für Straßenbaumaßnahmen in den neuen Ländern nach Maßgabe des Gesetzes wesentlich verkürzt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

51. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer**
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus Vorfällen im Atomkraftwerk Philippsburg, in dem sich in den Weihnachtstagen ein Störfall ereignet hat, der durch regelwidriges plötzliches Auffahren verschiedener Armaturen verursacht wurde, der offensichtlich auch nicht von der Bedienungsmannschaft verhindert wurde, obwohl erst im Mai letzten Jahres im AKW Brunsbüttel Erfahrungen mit einem ähnlichen Störfall gemacht werden mußten, der möglicherweise in beiden AKWs eine gravierende Beeinträchtigung der Sicherheit des betroffenen Siedewasserreaktors darstellt, dennoch von den Betreibern des AKW Philippsburg als unbedeutend („N“ = normal) eingestuft und über den erst am 13. Januar d. J. Einzelheiten bekannt gemacht wurden, und trifft es zu, daß mit einer baldigen Genehmigung zum Wiederauffahren zu rechnen ist, obwohl diese Behandlung des Störfalls der Einschätzung durch die Kieler Atombehörde widerspricht?
52. Abgeordnete
**Susanne
Kastner**
(SPD)
- Welche Konservierungsmittel werden in lösungsmittelfreien Farben verwendet, und welche Umwelt- und Gesundheitsgefahren gehen von ihnen möglicherweise aus?
53. Abgeordnete
**Susanne
Kastner**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Untersuchungsergebnisse der schwedischen Naturschutzbehörde in bezug auf schädliche Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der biologischen Reinigungsstufe in Kläranlagen durch Konservierungsmittel in lösungsmittelfreien Farben, und wie soll der Gewässer- und Gesundheitsschutz in diesem Fall sichergestellt werden?
54. Abgeordneter
**Steffen
Kampeter**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Zigarettenindustrie sich an der Rücknahme von Verkaufsverpackungen im Rahmen des Dualen Systems Deutschland (DSD) nicht beteiligt und auch kein eigenes Rücknahmesystem aufgebaut hat vor dem Hintergrund von ordnungsrechtlichen Eingriffsmöglichkeiten (z. B. Bußgeldern), die zur Einhaltung der in der Verpackungsverordnung niedergelegten rechtlichen Vorschriften führen sollen?
55. Abgeordneter
**Steffen
Kampeter**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung die Landesregierungen auf diesen Mißstand hinzuweisen und auf den Vollzug der Verpackungsverordnung zu dringen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

56. Abgeordneter
Simon Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich die Bundesregierung die weitere Entwicklung der Städtebauförderung in den alten Bundesländern vor, und teilt sie die Überzeugung, daß die Städtebauförderung auch in den alten Bundesländern für eine positive Konjunkturentwicklung vor allem in den strukturschwachen Regionen notwendig ist?
57. Abgeordnete
Iris Glicke
(SPD)
- Wie war das Verfahren bei der Vergabe des Auftrages für die Durchführung einer Informationskampagne „Besser Wohnen“ des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau?
58. Abgeordnete
Iris Glicke
(SPD)
- Welche Anforderungen wurden von Seiten des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau an die von privaten Firmen vermittelten Berater gestellt?
59. Abgeordneter
Otto Reschke
(SPD)
- Welche Bedenken hatte das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau wegen der Tatsache, daß es zu Interessenkonflikten kommen mußte, weil Berater eingesetzt wurden, die bereits Anstellungsverträge von Unternehmen der Finanzdienstleistungsbranche in der Tasche hatten?
60. Abgeordneter
Otto Reschke
(SPD)
- Wer führte die Aufsicht über die Berater?
61. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)
- War das Sammeln von Adressen in den Informationsbussen durch Berater und die Durchführung von Beratungsseminaren Bestandteil des Beratungskonzepts?
62. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)
- Hat das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau von der Tatsache, daß die von der Firma „mibeg“ in den Informationsbussen der Bundesregierung im Rahmen der Aktion „Besser Wohnen“ eingesetzten Berater Adressen von Ratsuchenden gesammelt haben, erst durch die Veröffentlichung im Magazin „Stern“ erfahren, oder seit wann waren dem Ministerium diese Vorgänge bekannt?

63. Abgeordnete
Gabriele Iwersen
(SPD)
- Wurden aus der Adressensammlung Einladungen zu Seminaren über Fragen der Wohneigentumsbildung verschickt, und wann wurde das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau über diese Seminare informiert?
64. Abgeordnete
Gabriele Iwersen
(SPD)
- Kann die Bundesregierung definitiv ausschließen, daß in dieser Sache gegen den Datenschutz verstoßen wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

65. Abgeordneter
Dieter Schanz
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß – trotz aner kennenswerter freiwilliger Maßnahmen und Beteiligung der Industrie – durch langfristige staatliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (FuE-Aktivitäten), die der Sicherheit von Verfahren und Anlagen sowie dem Umwelt- und Arbeitsschutz dienen, dafür gesorgt werden muß, daß ein Höchstmaß an speziellem sicherheitstechnischen Know-how zum Erreichen dieses Zieles zur Verfügung steht?
66. Abgeordneter
Dieter Schanz
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Entwicklung der Sicherheitsforschung zur Vermeidung und Begrenzung von Störfällen und zur Bewältigung von Notfällen, soweit sie sich auf technische Einrichtungen hinsichtlich der Prozeßführung bei der Produktion, zur Lagerung, zum Umschlag und zum Transport von gefährlichen Stoffen bezieht, für abgeschlossen, oder geht sie davon aus, daß diese Aufgaben allein durch eigenverantwortliches Handeln und durch Selbstverpflichtungserklärungen durch die Industrie zu bewältigen sind?
67. Abgeordneter
Lothar Fischer (Homburg)
(SPD)
- Warum beabsichtigt die Bundesregierung die Kürzung der öffentlichen Fördermittel für FuE-Aktivitäten im Bereich der Sicherheit von Verfahren und Anlagen des Arbeitsschutzes?

68. Abgeordneter
**Lothar
Fischer
(Homburg)**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch diese Kürzung insbesondere kleine und mittelständische Betriebe, die einen wesentlichen Bereich unserer Volkswirtschaft ausmachen, benachteiligt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

69. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)
- Welche besondere persönliche Qualifikation (evtl. Parteizugehörigkeit) muß vorliegen, damit ein(e) Angestellte(r) des Auswärtigen Dienstes, die (der) wegen Tätigkeit im Personalrat freigestellt wurde, vom mittleren in den gehobenen und vom gehobenen in den höheren Angestelltendienst aufsteigen kann, ohne die jeweils ausgeschriebene Stelle überhaupt angetreten zu haben, und warum gibt es, im Gegensatz hierzu, ein echtes Auswahl- und Prüfungsverfahren beim Aufstieg vom einfachen in den mittleren Angestelltendienst?
70. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Welche konkreten und verbindlichen Zusagen hat die Bundesregierung in materieller und politischer Hinsicht dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros Boutros-Ghali, bei seinem Besuch vom 8. bis 11. Januar 1993 in Bonn gemacht?
71. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Wie begründet der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, seine Auffassung, daß die außenpolitische internationale Handlungsfähigkeit der Bundesregierung nur mit sogenannten, nach der Charta der Vereinten Nationen freiwillig zu leistenden Blauhelm- und Kriegeinsätzen gewährleistet sei, angesichts der Tatsache, daß Japan als UNO-Mitglied und zweitgrößte Industrienation der Welt seine militärische Beteiligung bei der UNO auf 2000 Soldaten mit eingeschränkten Blauhelmfunktionen beschränkt hat?
72. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Welches sind aus der Sicht der Bundesregierung die zehn wichtigsten zitierbaren internationalen Wortmeldungen, unter Nennung der Namen, des Datums und der jeweiligen Fundstelle, aus dem mehrfach von der Bundesregierung angesprochenen Chor von Politikern unterschiedlicher Länder, die Bonn mit Nachdruck drängen, endlich mehr militärische Verantwortung bei multilateralen militärischen Aktionen zu übernehmen?

**73. Abgeordneter
Gernot
Erler
(SPD)**

Hat die Bundesregierung auch gegenteilige Stimmen verzeichnet, die Deutschland eher zur Zurückhaltung in der Frage der Beteiligung an multinationalen Militäraktionen auffordern, und welches sind hierbei die aus der Sicht der Bundesregierung wichtigsten?

**74. Abgeordneter
Jürgen
Augustinowitz
(CDU/CSU)**

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen bzw. was plant sie für die Zukunft, um Deutschland und seine Bürger vor ungerechtfertigten, falschen, beleidigenden verbalen Angriffen von ausländischen Regierungen und ausländischen Medien zu schützen?

Bonn, den 15. Januar 1993